

Niederschrift über die  
Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 03.04.2017  
Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

Jäger (bis 18:15 Uhr), Beutel, Häußermann, Heissenberger, Hundt (18:08 Uhr), Theile (bis 17:30 Uhr), Metzger (bis 18:18 Uhr)	(CDU)
Riedel, Schäf, Wörner (bis 17:41 Uhr), Berger	(SPD)
Dannenmann (ab 14:20 Uhr), Heid, Ulrich, Ostfalk (bis 16:40 Uhr)	(Freie Wähler)
Dr. Fleischer, Sturm (ab 14:33 Uhr bis 18:08 Uhr), Härtner	(GRÜNE)
Hofer, Wilhelm, Treiber	(FDP-FW)
Heide	(AfD/ Unabhängige)
Bezler	(Linke/ÖDP)

Ferner:

Kreiskämmerer Geißler	(ab Top 2)
Frau Kugler, Fachbereichsleiterin Haushaltswesen	(Top 1)
Regierungsdirektor Dr. Zaar	
Herr Stammler, VVS	(Top 1)
Herr Straus, Leiter Straßenbauamt	(Top 5 und 6)
Herr Beier, Leiter Stabsstelle Wirtschaftsförderung	(Top 3)
Herrn Heinze und Deller, tkt teleconsult BK	(Top 3)
Frau Orner, Frau Callenius, Tourismus	(Top 4)
Herr Seiz, Geschäftsführer Kohl&Partner Touris- musconsulting	(Top 4)
Herr Bruss, Stadt Backnang	(Top 7)
Herr Balthasar, AWG	(Top 7)

Weitere Mitarbeiter/innen  
Presse

Die Schriftführerin: Kreisamtfrau Bareiß

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 17:30 Uhr

**§ 1**VVS-TarifeDrucksache 2017/072

Landrat Dr. Sigel sagt, vor allem auf Initiative der Landkreise habe am 19.01.2017 ein Tarifsymposium stattgefunden, in dem Aufgabenträger, VVS und die Verkehrsunternehmen gemeinsam über die mittel- und langfristige Entwicklung des VVS-Tarifs diskutiert hätten. Dies sei rege angenommen worden und man werde heute auf die zentralen Fragen nochmals eingehen.

Herr Stammler, Geschäftsführer des VVS, erläutert die wichtigsten Ergebnisse des Verkehrssymposiums bzw. der Tarifklausur anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beige-fügt ist.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, in Sachen Feinstaub- bzw. Sozialticket warte man noch auf Ergebnisse und könne erst dann berichten.

Kreisrat Härtner betrachtet die Einteilung in neun Zonen, vor allem in Hinblick auf den ländlichen Raum, eher als kritisch. Entscheidend für den ländlichen Raum sei, dass man mehr Tangentialverbindungen schaffe.

Kreisrat Riedel betont, die Entwicklungen im Bereich der Fahrgastzahlen sowie der Tarifeinnahmen seien positiv zu bewerten und man könne davon ausgehen, dass dieser Trend anhalte. Dennoch sei der Ärger aufgrund von Ausfällen, Verspätungen und dem vorhandene Preis-Leistungs-Verhältnis groß. Ein eingehender Ausbau des ÖPNV auch mit Querverbindungen fehle. Nach wie vor sei das gesamte System auf die Stadt Stuttgart ausgerichtet. Der VVS gehöre zu den Verbänden mit einer hohen Einnahmendeckung. Er appelliere an alle Beteiligten, sich klar zum ÖPNV zu positionieren und die entsprechenden Mittel in die Hand zu nehmen. Er halte das Berliner-Verkehrssystem mit A- und B-Zone für überzeugend, könne sich aber auch ein Modell mit A/B/C-Zone für den VVS vorstellen.



Kreisrat Hofer meint, der konsequente Ausbau seitens des VVS habe zu der erfolgreichen Kostendeckung von 60 Prozent geführt. Für ihn sei nun eine der wichtigsten Fragen, die der Vereinfachung des Systems. Man sollte darüber nachdenken, die Zahl der Tarifzonen als auch die der Sondertickets zu reduzieren, um dadurch den ÖPNV noch attraktiver zu machen.

Kreisrat Heide sagt, da die Stadt Stuttgart mehr als alle anderen vom System profitiere, sollte sich diese stärker an den Kosten beteiligen. Er halte das Feinstaubticket für eine tolle Sache, die allerdings nicht zu Lasten der regulären Fahrgäste gehen sollte.

Geschäftsführer Stammler antwortet Kreisrat Härtner, gerne würde man das System im Hinblick auf die Sektorengrenzen vereinfachen, aber es müsse finanzierbar und für die gesamte Region vertretbar sein. Wenn eine Vereinfachung komme, dann für das gesamte Gebiet und nicht nur für den Raum Stuttgart. Er entgegnet Kreisrat Riedel, wichtig sei, dass der ÖPNV attraktiv bleibe. Ihm sei klar, dass man an manchen Stellen nachbessern müsse. Allerdings sei dies immer mit Geld und Anstrengungen verbunden. Aber es bewege sich einiges. So hätte bei der Einführung des Firmentickets auch keiner gedacht, dass man so viele Firmen dafür gewinne könne. Er antwortet Kreisrat Heide, die Steigerung des Kostendeckungsgrads auf 60 Prozent habe durch die Gewinnung von mehr Fahrgästen erzielt werden können. Eine Zahl von 80 Feinstaubtagen im vergangenen Winter sei eine absolute Ausnahme. Nach dieser Saison müsse man das Feinstaubticket sicherlich überarbeiten.

Kreisrat Berger sagt, aufgrund der hohen Verkehrsdichte in der Region Stuttgart könnte man sicherlich noch mehr Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV bewegen, wenn die Pünktlichkeit, der Komfort und die Standards der Bahnen verbessert werden würden. Aber die derzeitige Situation von überfüllten, nicht klimatisierten alten Wägen halte viele davon ab.

Kreisrätin Dr. Fleischer ergänzt, man wolle den VVS nicht schlechtreden, aber es gebe an vielen Stellen Verbesserungsbedarf. Mit Blick auf die Zukunft dürfe man das Problem des Feinstaub nicht unterschätzen. Auch Dinge wie verdreckte Unterführungen müsse man angehen, um das Angebot weiterhin attraktiv zu halten.



Kreisrätin Wilhelm dankt Herrn Stammler für die umfangreichen Verbesserungen, allerdings verliere man sich im Tarifdschungel. Sie plädiere für eine 2-Zonenlösung, wobei Stuttgart die 1. Zone und das Umland die 2. Zone bilden sollte. Sie wolle wissen, was dies finanziell für den Rems-Murr-Kreis bedeuten würde und regt an, die sanitären Anlagen an den Bahnhöfen zu verbessern.

Geschäftsführer Stammler antwortet Kreisrat Berger, die Verantwortung bezüglich der Bahnen und deren Qualität werde stets hin und her geschoben. Die politische Verantwortung liege beim Land Baden-Württemberg, wobei der Leistungserbringer die DB sei, deren Vertrag Ende 2019 auslaufe. Ab 2019 komme ein neuer Betreiber mit neuem Wagenmaterial. Sicherlich werde das autonome Autofahren den gesamten Verkehr beeinflussen. Die Frage sei eben wie. Wenn man das Stadtgebiet Stuttgart zu einer Zone verschmelze, würde dies mit einem Minderertrag von rund 14 Mio. Euro verbunden sein. In diesem Falle würde Fellbach weiterhin zum Stadtgebiet Stuttgart zählen. Er entgegnet Kreisrätin Wilhelm, ein 2-Zonenmodell sei kaum realisierbar, denn dann müssten andere Dinge hintenan stehen und kein Fahrgast wolle am Ende der Vereinfachung mehr zahlen. Der Gedanke sei, immer für den Kunden den besten Tarif zu berechnen und gleichzeitig die Komplexität zu vermindern.

Ohne weitere Diskussion nimmt der Umwelt- und Verkehrsausschuss den Bericht über die VVS-Tarife zur Kenntnis.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt von dem Bericht Kenntnis

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt von dem Bericht Kenntnis



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 03.04.2017

Seite 5

Öffentlich

**§ 2**

Nahverkehrsplan - Anpassung des Linienbündelungskonzepts

Drucksache 2017/040

Kreisrat Dannenmann ist befangen und zieht sich in den Zuhörerraum zurück:

Der Ausschuss beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag den vorgeschlagenen Anpassungen des Linienbündelungskonzepts des Nahverkehrsplans zuzustimmen.

**§ 3**Breitbandausbau im Rems-Murr-Kreis - Ergebnisse der BackboneplanungDrucksache 2017/062

Landrat Dr. Sigel bezeichnet den Breitbandausbau als ein wichtiges Zukunftsthema, denn vor allem die junge Generation werde die Datenautobahnen benötigen. Die Umsetzung könne durch den Landkreis selbst erfolgen oder indem die Lücken durch Investoren geschlossen werden würden. Zwar sei der Ausbau mit hohen Kosten verbunden aber diesem stünden auch hohe Förderungen durch das Land gegenüber.

Wirtschaftsförderer Beier betont, der Rems-Murr-Kreis sei der erste Landkreis überhaupt, der schon jetzt eine Konzeption vorlegen könne. Die vorliegende Planung zeige verschiedene Varianten auf, wie es weitergehen könnte.

Herr Deller, tkt teleconsult, erläutert die verschiedenen Varianten und Ergebnisse der Backbonestudie anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Jäger sagt, die vorgestellten Varianten hörten sich zwar gut an, aber man gehe beim kreisweiten Breitbandausbau nur vom Betreibermodell aus, welches durch das Land förderfähig sei. Es gebe aber auch noch das Wirtschaftlichkeitslücken-Modell, das durch den Bund gefördert werde. Dies habe den Vorteil, dass man keine Parallelstrukturen aufbauen und die Gemeinden nur mit etwa halb so hohen Kosten belasten werden würden. Das Betreibermodell durch den Kreis biete den Gemeinden nur die Grundvoraussetzungen für einen FTTB-Ausbau, aber die letztendliche Umsetzung sei Aufgabe der jeweiligen Gemeinde. Er verstehe nicht, warum man die Übergangspunkte unabhängig von vorhandenen Infrastrukturen plane. Es müsse eine enge Abstimmung mit den jeweiligen Kommunen und den gegebenen Providern erfolgen, so dass aus seiner Sicht, heute keine endgültige Entscheidung getroffen werden sollte.

Herr Deller, tkt teleconsult, antwortet Kreisrat Jäger, im Landesförderprogramm werde der Zeit nur das Betreibermodell berücksichtigt. Übergeordnetes Ziel sei es, in jedes Haus Glasfaser einzubringen. Das Wirtschaftlichkeitslücken-Modell für den gesamten Landkreis anzuwenden, sei schwierig



und würde letztendlich auch bedeuten, dass die Trassen nicht dem Landkreis gehören würden. Allerdings gebe es auch erste Anzeichen, dass das Land eventuell auch das Wirtschaftlichkeitslücken-Modell, auf Grund von Einfluss durch die Telekom, vorantreiben werde.

Kreisrat Ostfalk sagt, der innerörtliche Ausbau sei nur möglich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen würden. Er fragt, ob es schon jetzt konkrete Aussagen zu möglichen Fördersätzen gebe.

Herr Deller, tkt teleconsult, antwortet, der Fördersatz liege bei 85,00 Euro pro Laufmeter, was einer Förderung von 60-65 Prozent für den innerörtlichen Ausbau entspreche.

Kreisrat Dannenmann meint, zwar sei die Variante 3 etwas teurer aber aus seiner Sicht eben auch zukunftsfähiger. Er wolle wissen, ob Pachteinahmen vorsteuerabzugsfähig seien. Er fragt, ob ein Ausbau des Backbone-netzes durch die Kreisbaugruppe günstiger umsetzbar wäre und, ob es derzeit nur um die Beseitigung der weißen NGA-Flecken gehe.

Kreisrat Härnter sagt, entscheidend sei, dass der Backbone-Ausbau komme.

Kreisrat Hofer spricht sich dafür aus, den Ausbau mit Nachdruck fortzuführen. Variante 1 sei schnell durchsetzbar und man solle da beginnen, wo der Rückstand am größten sei. Allerdings sei im Remstal große Nachfrage vorhanden und man sollte dort nicht erst in einigen Jahren mit dem weiteren Ausbau fortfahren.

Landrat Dr. Sigel bemerkt, wie es weiter gehe, sei eine politische Entscheidung die der Ausschuss bzw. der Kreistag treffe und dann in den Haushalt einfließen werde. Heute gehe es nur um eine Grundsatzentscheidung. Auch werde man mit den Kommunen konkret ins Gespräch kommen, so dass das Tempo und die Leistbarkeit in Einklang stehen.

Herr Heinze, tkt teleconsult, sagt, rein rechtlich dürfe man nur da eingreifen, wo weiße NGA-Flecken seien. Allerdings sei zu erwarten, dass die Werte steigen würden. Zunächst müsse man aber die entsprechenden Strukturen, auch in Hinblick auf den nächsten Schritt, schaffen. Beim Wirtschaftlichkeitslücken-Modell gebe man aus seiner Sicht viel Geld aus ohne ein eigenes Netz zu erwerben.



Wirtschaftsförderer Beier antwortet Kreisrat Dannenmann, man plane zunächst autark, könne aber jederzeit nachrüsten. Zunächst rechne man mit höheren Kosten, wobei ein Vorsteuerabzug möglich sein könnte. Er sagt zu Kreisrat Hofer, man sei mit den anderen Landkreisen zwecks einer regionalen Lösung im Gespräch.

Kreisrat Hofer ergänzt, eine Anstalt mit eigenem Haushalt könnte eine flexiblere Lösung darstellen.

Kreisrat Heide bemerkt, für kleinere Gemeinden könnten die zu erwartenden Kosten für einen innerörtlichen Ausbau zu einem finanziellen Problem werden. Er fragt sich, wie diese das bewerkstelligen sollen.

Kreisrätin Dr. Fleischer würde sich nicht konkret auf Variante 1 oder 3 fixieren und halte den Beschlussvorschlag daher für unpassend. Wichtig sei, dass man schnell in die Gänge komme.

Kreisrat Berger sieht im Breitbandausbau eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, die in öffentlicher Hand bleiben müsse. Mit dem Betreiben eines Netzes könne man auch Geld verdienen. In diesem Kontext sei das Betreibermodell genau der richtige Weg. Ob man letztendlich Variante 1 oder 3 umsetze, sei egal. Wichtig sei, dass Gewinne, die langfristig erwirtschaftet werden würden, auch wieder zurück fließen.

Kreisrat Jäger meint, Verhandlungen mit einem Großkonzern wie der Telekom könnten mühsam aber auch machbar sein. Er verweist nochmals auf die Situation in Großerlach. Von einer FTTC-Struktur könne man jederzeit auf eine FTTB-Struktur aufrüsten. Er sage nicht grundsätzlich nein zum Betreibermodell. Dies müsse aber so gestaltet werden, dass Gemeinden, die zunächst das Wirtschaftlichkeitslücken-Modell umsetzen, später die Anbindungen auch nutzen könnten. Wichtig sei eine konkrete Abstimmung mit der jeweiligen Gemeinde.

Kreisrat Beutel ergänzt, der Breitbandausbau sei nur dann stark, wenn er in der Fläche stark ausgebaut werde. Eine Dateninfrastruktur sei heute auch ein Kriterium bei der Auswahl der Wohnstätte. Er bittet darum, wenn der Breitbandausbau wieder zur Diskussion im Ausschuss stehe, auch die finanziellen Folgen des Betreibermodells für zukünftige Haushalte aufzuzeigen.





Wirtschaftsförderer Beier betont, man müsse die Sache immer von der Nachfrager-Seite her betrachten und deshalb komme nur Glasfaser in Betracht. Das Wirtschaftlichkeitslücken-Modell habe zwar Charme aber es erhöhe die Abhängigkeit von einem Anbieter. Eine enge Abstimmung mit den Kommunen sei sehr wichtig und der Ausbau könne nur sukzessive erfolgen.

Herr Heinze, tkt teleconsult, sagt, es gebe kein dogmatisches richtig oder falsch. Um wettbewerbsfähig zu bleiben brauche man ein gutes Netz. Er warne vor einer Abhängigkeit von der Telekom.

Landrat Dr. Sigel fasst zusammen, entscheidend sei, dass man den Breitbandausbau vorantreibe und somit auch den Erwartungen der jungen Menschen in der Fläche gerecht werde. Sicherlich sei eine gute Abstimmung mit den Kommunen unter Beachtung derer finanzieller Möglichkeiten notwendig. Ziel sei es, die Aufgabe in der großen kommunalen Familie gemeinsam anzugehen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

1. Der UVA nimmt die vorgelegte Backboneplanung für den Rems-Murr-Kreis zur Kenntnis.
2. Die Planungsvariante 1 wird Grundlage der weiteren Umsetzungsüberlegungen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden in den Ausbaugebieten 1-3 eine kommunale Ausbauplanung zu erarbeiten bzw. abzustimmen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, bei künftigen Aus- und Neubaumaßnahmen an Kreisstraßen den Bedarf zur Verlegung entsprechender Leerrohrinfrastruktur gemäß Kreis-Backboneplanung zu prüfen und Möglichkeiten der Mitverlegung konsequent zu nutzen. Bei der Fortschreibung des Kreisstraßenmaßnahmenplans sind die Trassenverläufe der Backboneplanung zur weiteren Berücksichtigung zu hinterlegen.

**§ 4**Fortschreibung der Tourismusstrategie des Rems-Murr-KreisesDrucksache 2017/021

Landrat Dr. Sigel betont, im Bereich des Tourismus und der neuen Tourismusstrategie erfolge eine enge Verzahnung und Abstimmung mit allen beteiligten Akteure. Insgesamt sei der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor unserer Region. Mit der vorliegenden Tourismusstrategie wolle man zeigen, welche touristischen Ziele und Projekte bis 2019 und darüber hinaus geplant seien. Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, dass er die Strategie auch erstmalig und bewusst zur Abstimmung stelle, denn es sei auch eine politische Legitimation der Arbeit wichtig.

Frau Orner, Tourismusbeauftragte; erläutert die Tourismusedwicklung und Strukturen der Tourismusstrategie anhand einer Präsentation (Seite 1-9).

Herr Seiz, Geschäftsführer Kohl&Partner Tourismusconsulting, stellt die Trends und Stärken-Schwächen-Analyse anhand der Präsentation (Seite 10-14) vor.

Frau Callenius, Tourismusbeauftragte; zeigt die Ziele, Schwerpunkte sowie den Umsetzungs- und Arbeitsplan 2017-2019 anhand der Präsentation (Seite 15-19) auf. Die Präsentation ist dem Original der Niederschrift beigelegt.

Kreisrätin Wilhelm dankt für das vorgelegte Konzept und für bereits umgesetzte Projekte wie zum Beispiel die Teilnahme an der CMT oder auch die „Waldfee“. Sie regt an, an den Autobahnen Hinweisschilder „Schwäbisch-Fränkischer Wald“ anbringen zu lassen, denn man könne auf das gebotene Wandergebiet stolz sein. Leider komme man beim Ausbau der Alltagsradwege-Verbindung zwischen Kirchberg und dem Landkreis Ludwigsburg nicht wie gewünscht voran, aber insgesamt sei die Vernetzung gut.

Kreisrat Beutel sagt, man habe eine reizvolle und vielfältige Landschaft zu bieten. Die Schwerpunkte auf die Themen Wandern und Radfahren zu legen sei richtig, da man so bestens die Gegend erschließen könne. Auch die Digitalisierung sei in diesem Zusammenhang wichtig. Er schlage vor



das Thema „Wellness“ aufzugreifen. Ihn erstaune, dass die Remstal-Gartenschau in der vorliegenden Konzeption nicht aufgegriffen werde. Er bittet darum, dass eine enge Verzahnung mit den Geschäftsstellen der beteiligten Kommunen erfolge, auch um Doppelstrukturen zu vermeiden. Insgesamt sei man aber auf dem richtigen Weg.

Kreisrat Härtner bedankt sich ebenso für vorgelegte Tourismusstrategie. Da viele Menschen aus dem Stuttgarter Raum bislang eher auf die Schwäbische Alb als in den Schwäbischen Wald fahren, sehe er darin einen Ansatzpunkt zu handeln. Zum Beispiel könnte man einen Service für Gepäcktransport bei Mehr-Tages-Wandertouren initiieren. Oder man könnte an VVS-Haltepunkte Hinweise anbringen, an welchen Stationen man starte, bis wohin man wandere oder Rad fahre und wie man wieder zurück komme bzw. komplette Rundwege ausweisen. Auch sollten das Rems- und das Murratal besser verbunden werden. Ebenso fehle es ihm an Ideen für den Winter-Tourismus.

Kreisrat Ulrich weist darauf hin, dass der Remstal-Radweg in einem sehr schlechten Zustand sei. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf und er bitte die Verwaltung mit den entsprechenden Kommunen diesbezüglich Kontakt aufzunehmen. Er erkundigt sich nach dem Bundesprogramm für schnelle Radwege und bittet darum, in einem der nächsten Ausschüsse darüber zu informieren.

Ohne weitere Diskussion beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

**Der UVA stimmt der Tourismusstrategie des Landkreises 2017 – 2019 zu.**



**§ 5**

K 1886 Fahrbahndeckenerneuerung Ortsdurchfahrt Walkersbach; Vergabe

Drucksache 2017/058

Landrat Dr. Sigel verweist auf die zu Grunde liegende Drucksache.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, auf Grundlage des Ergebnisses der öffentlichen Ausschreibung den Auftrag für die Fahrbahndeckenerneuerung auf der K 1886 im Bereich Walkersbach an den günstigsten Bieter zu vergeben.



**§ 6**

K 1907 Fahrbahndeckenerneuerung Ortsdurchfahrt Sechselberg; Vergabe

Drucksache 2017/056

Landrat Dr. Sigel verweist auf die zu Grunde liegende Drucksache.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, auf Grundlage des Ergebnisses der öffentlichen Ausschreibung durch die Gemeinde Althütte im Auftrag des Straßenbauamts, den Auftrag für die Fahrbahndeckenerneuerung auf der K 1907 im Bereich der Ortsdurchfahrt Sechselberg an die Firma Lukas Gläser aus Aspach für die Angebotssumme von 227.761,07 € brutto zu vergeben.

**§ 7**VerschiedenesDrucksache**1. Klärschlamm-trocknung:**

Herr Bruss, Leiter der Stadtentwässerung der Stadt Backnang, erläutert an Hand einer Präsentation den aktuellen Stand der Klärschlamm-trocknungsanlage in Backnang bzw. die konstruktive Zusammenarbeit mit der Biovergärungsanlage der AWG. Er weist darauf hin, dass bereits einige Maßnahmen zur Optimierung der Zielerreichung umgesetzt worden seien und noch weitere in 2017 anstünden.

Herr Balthasar, Geschäftsführer der AWG, erläutert den Sachstand aus Sicht der AWG ebenso an Hand einer Präsentation.

Landrat Dr. Sigel fasst zusammen, dass sich hier eine gute partnerschaftliche Zusammenarbeit abzeichne und man auf dem richtigen Weg sei.

**2. Antrag von DIE LINKE/ÖDP auf WLAN-freie Zugabteile in S-Bahnen und Regionalzügen:**

Verkehrsdezernent Dr Zaar sagt, entsprechend dem Haushaltsantrag von DIE LINKE/ÖDP habe man eine Stellungnahme der DB AG eingeholt und diese weitergeleitet. Kreisrat Bezler sei jedoch mit dem Ergebnis nicht zufrieden und bitte darum, die Punkte 2 und 4 seines Antrags aufrecht zu erhalten. Das erneute Schreiben liege allen Ausschussmitgliedern vor.

Landrat Dr. Sigel meint, da der Antrag kurzfristig eingegangen sei, sei eine abschließende Behandlung in der heutigen Sitzung nicht möglich. Wenn Herr Bezler seinen Antrag aufrechterhalten wolle, müsse man dies auf die Agenda des nächsten Ausschusses nehmen.

Kreisrat Bezler erklärt, er fände es falsch jetzt aufzugeben und wolle den Antrag aufrechterhalten.

**3. Antrag der AfD/Unabhängige; Verwendung der Strafzahlung der DB AG:**

Verkehrsdezernent Dr Zaar erläutert, in der Sitzung des Verkehrsausschusses der VRS habe man am 29.03.2017 beschlossen, dass die Pönalemittel bis zu einem Beschluss über deren Verwendung in die Rücklagen eingestellt werden würden. Der Kreistag des Rems-Murr-Kreises könne zuständigshalber nicht über die Verwendung der Pönalen entscheiden, da er keinen Verkehrsvertrag mit der DB AG habe. Daher sei der Antrag als erledigt zu betrachten.

Kreisrat Heide meint, die Antwort sei unbefriedigend.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, zwar sei die Antwort unbefriedigend aber man könne auf Grund der Zuständigkeit leider nichts ändern.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der/Die Schriftführer/in:

Dr. Richard Sigel

Daniela Bareiß

Die Kreisräte/innen